

Kocka, Jürgen

**Book Part — Digitized Version**

## Zur jüngeren marxistischen Sozialgeschichte: eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze in der DDR

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1973) : Zur jüngeren marxistischen Sozialgeschichte: eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze in der DDR, In: Peter Christian Ludz (Ed.): Soziologie und Sozialgeschichte: Aspekte und Probleme, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 491-514

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112504>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# ZUR JÜNGEREN MARXISTISCHEN SOZIALGESCHICHTE

Eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze  
in der DDR

Von Jürgen Kocka

## I

In den westlichen Ländern ist die Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Sozialgeschichte oder auch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in steigendem Maße populär, wenn auch oft vieldeutig und verschwommen. Die Bezeichnung von Zeitschriften und Untersuchungen, von wissenschaftlichen Gesellschaften und Lehrstühlen als »sozialgeschichtlich« oder als »sozial- und wirtschaftsgeschichtlich« scheint auf die Existenz einer sinnvoll abgrenzbaren entsprechenden Spezialisierung innerhalb des geschichtswissenschaftlichen Gesamtbereichs hinzudeuten. Zumindest in der Bundesrepublik steht der Ruf nach mehr Sozial-, bzw. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte häufig für ein allgemeineres Unbehagen mit den tradierten Weisen geschichtswissenschaftlicher Forschung und Lehre, für den Vorschlag, die praktische gesellschaftliche Relevanz des Faches zu akzeptieren, zu verstärken und in gewisser Weise zu spezifizieren, für das Verlangen, die Geschichtswissenschaft in eine kritische Sozialwissenschaft zu transformieren – was immer das konkret heißen mag. Wenigstens hinsichtlich der programmatischen und methodologischen Diskussion – hinter der jedoch die forschungspraktische Einlösung gerade in der Bundesrepublik stark zurückhängt – läßt sich wohl sagen: »Die Sozialgeschichte ist zur Zeit in Mode <sup>1</sup>.«

Eben dies gilt für die an *Marx* und *Lenin* orientierte Geschichtswissenschaft in den sozialistischen Ländern nicht. Meist fehlt es an Lehrstühlen, Instituten und Fachzeitschriften, die sich ausdrücklich auf »Sozialgeschichte« oder »Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« konzentrieren; diese im Westen gängige Spezialisierung erscheint in den einschlägigen Einführungen und Bibliographien kaum; wenn überhaupt, dann tauchen diese Begriffe eher beiläufig auf; in der methodologischen und wissenschaftstheoretischen Diskussion spielt das Fach oder die Spezialisierung »Sozialgeschichte« fast gar keine Rolle <sup>2</sup>. Diese Eigenart gilt es zunächst aus der Grundstruktur, der Systematik und den Bedingungen der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung zu erklären.

Die Geschichtsschreibung in den sozialistischen Ländern ist, wenn auch in von Land zu Land wechselnder Rigorosität, verbindlich in einigen institutionell abgesicherten Bestandteilen der Geschichtstheorien von *Marx*, *Engels* und *Lenin* verankert. Geschichte konstituiert sich für sie in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, in bewußter und gesellschaftlicher Arbeit. Grundlage des geschichtlichen Prozesses ist damit die sich historisch verändernde »materielle Produktion«, die durch ein wechselndes Spannungsverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gekennzeichnet ist. Die »materielle Produktion« prägt die historisch wechselnde Form der gesellschaftlichen, durch ihre Stellung in der Produktionssphäre definierten Klassen, deren in Revolutionen gipfelnde Auseinandersetzungen die Haupttriebkraft und den

Hauptinhalt des historischen Prozesses ausmachen. Als zentraler Bestandteil der sozio-ökonomischen Basis bestimmt sie auch die Gesamtheit der staatlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Momente (Überbau). Diese primär aus einer Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts (besonders Englands) gewonnenen Kategorien wurden teilweise bereits bei *Marx* und *Engels*, endgültig dann bei *Lenin* im Begriff der ökonomischen bzw. sozialökonomischen Gesellschaftsformation systematisiert und als adäquates Instrumentarium zur Untersuchung aller Weltgeschichte verstanden, damit aber tendenziell enthistorisiert<sup>3</sup>. Geschichte ist in diesem Denken eine klar strukturierte, aus ihren inneren Widersprüchen vorangetriebene, trotz Umwegen und Gegentendenzen fortschrittliche, erkennbar »gesetzmäßige«, aber nur durch menschliches Handeln zu verwirklichende, zielgerichtete Bewegung, die zu steigender Beherrschung der Natur durch den Menschen, zur Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft und zur allseitigen Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten in der die siegreiche Revolution der Arbeiterklasse voraussetzenden, sich voll entfaltenden, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft drängt<sup>4</sup>.

Mit diesem geschichtsphilosophischen, letztlich aus der *Hegelschen Identitätsphilosophie* stammenden, materialistisch gewendeten und durch die Analyse der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts konkretisierten Fortschrittsbegriff kann Geschichte mit der politischen Praxis der jeweiligen Gegenwart in besonderer Weise verklammert werden. Verortet doch die »richtige«, d. h. aber: von der marxistisch-leninistischen Ideologie in der Ausdeutung und unter Anleitung zuständiger parteikontrollierter Instanzen informierte historische Analyse dieses Geschichtsprozesses, den heutigen etablierten Sozialismus und die in ihm Herrschenden auf dem bisherigen Höhepunkt der geschichtlichen Bewegung. Die Geschichtsinterpretation, das Geschichtsbild und damit die Geschichtswissenschaft können damit zu einer wichtigen Instanz werden, durch die die Arbeiterklasse (d. h. konkret: ihre politische Repräsentation, die Partei und letztlich deren Führung) ihre Interessen, Kämpfe und Siege ideologisch als weltgeschichtliche Mission zu begründen und ihre Politik, Herrschaft und Entscheidungsmacht als im allgemeinen Interesse liegend zu legitimieren versucht<sup>5</sup>. Die Hochschätzung, der Gegenwartsbezug, die relative, im häufigen Zitieren der Klassiker symbolisierte Unverrückbarkeit ihrer Grundlinien, die im Vergleich zu westlichen Ländern auffallende relative Homogenität, die »Parteilichkeit« (im Sinne der Herrschenden) und die offene politische Indienstnahme der Fachhistorien folgen aus diesem theoretisch-praktischen Zusammenhang, dessen Prämissen der wissenschaftlichen Diskussion und Kritik weitestgehend entzogen sind. Wieweit solche politische Indienstnahme tatsächlich reicht, wie sehr sie die Forschungspraxis im einzelnen bestimmt, hängt zum einen von der Politiknähe oder -ferne des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes, zum anderen von den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen des einzelnen Landes ab<sup>6</sup>.

Innerhalb solcher Grenzen sind die geschichtstheoretischen Aussagen der »Klassiker« und damit die Grundpfeiler dieser Geschichtsauffassung heterogen, flexibel und ausdeutbar genug, um der Verschiedenartigkeit der zu untersuchenden Gegenstände in hohem Maße gerecht werden zu können und um Interpretationsverschiebungen, Ausdehnungen und inhaltliche wie methodische Neuerungen zuzulassen, die einerseits unmittelbar durch die gesellschaftlich-politischen Anforderungen an die Geschichtswissen-

schaft in wechselnden sozio-politischen Konstellationen, andererseits durch die immanente Dynamik der historischen Forschung sowie durch Einflüsse aus nicht-sozialistischen Ländern bestimmt sind. Zwar ist die geschichtliche Wirklichkeit als zielgerichtete, prozeßhafte, strukturierte Totalität fixiert, deren Momente in einem allseitigen, bestimmbareren, von der Maßgeblichkeit der sozialökonomischen Dimension geprägten Zusammenhang stehen; doch ist die Art dieses Zusammenhangs schon von den Klassikern zu verschiedenen Zeiten verschiedenartig verstanden worden. Ansätzen zu einer mechanistischen, ökonomisch-deterministischen Interpretation<sup>7</sup> steht ein flexibel-dialektisches Verständnis des Verhältnisses von Basis- und Überbau-Phänomenen gegenüber, das diesen »relative Selbständigkeit« zubilligt<sup>8</sup> (bei gleichzeitigem Festhalten an der letztinstanzlichen Übergewichtigkeit sozialökonomischer Momente) bis hin zur These einer bloßen Wechselwirkung von Basis- und Überbaumomenten<sup>9</sup>. *Lenin* trug dazu bei, die relative Selbständigkeit der politischen Handlungsebene gegenüber ökonomisch-deterministischen Interpretationen stärker zu betonen, eine Akzentsetzung, die in funktionalem Zusammenhang mit seiner politisch-revolutionären Praxis in einem wirtschaftlich rückständigen Land stand<sup>10</sup>. Die Heterogenität der Klassikeraussagen erleichtert die Veränderungsfähigkeit des geschichtstheoretischen Rahmens, dessen tatsächliche Straffungen, Lockerungen und Umdeutungen bisher vor allem von zentralen allgemein- und wissenschaftspolitischen Entscheidungen und Einflüssen direkt abhängig gewesen sind<sup>11</sup>.

Die gegenwärtig übliche Interpretation des Grundbegriffs der (sozial-)ökonomischen Gesellschaftsformation weist ein hohes Maß an Flexibilität auf. Unter teilweiser Benutzung strukturell-funktionaler und systemtheoretischer Termini wird sie als ein Gesamtsystem verstanden, das aus hierarchisch einander zugeordneten, sich wechselseitig beeinflussenden, relativ autonomen Teilsystemen (Ökonomie, Staat, Recht, Kunst usw.) besteht. Deren Verhältnis zueinander und zum Gesamtsystem variiere selbst während der Dauer einer Gesellschaftsformation und erst recht im Laufe des historischen Gesamtprozesses, in hohem Maße. Der Übergang von einer Gesellschaftsformation zur anderen (etwa vom Feudalismus zum Kapitalismus) vollziehe sich zwar »gesetzmäßig«, aber in inhaltlich verschiedenen, von vielen Faktoren abhängigen Entwicklungs- und Strukturtypen; in der konkreten Wirklichkeit koexistieren Elemente verschiedener Entwicklungsstufen in spannungsreichen, komplexen Konstellationen. Gegenteilenden, individuelle Ereignisse und »Zufälle« modifizieren ständig die Durchsetzung der historischen »Gesetze« in einer politisch und wissenschaftlich relevanten Weise<sup>12</sup>.

Die Nicht-Ableitbarkeit konkreter historischer Phänomene aus den allgemeinen Sätzen des Historischen Materialismus und der systematischen Wissenschaften wird durch solche Argumente unterstrichen, ihre Frage und Untersuchungswürdigkeit im Prinzip begründet, die Aufgabe historisch-empirischer Detailforschung abgesteckt und der Anreiz zur Abfassung von historischen Detailstudien unter Benutzung einer Vielzahl von Methoden geschaffen. Die Diskutierbarkeit und Revidierbarkeit zahlreicher konkreter Einzelheiten und Teilergebnisse wird damit gesichert – allerdings innerhalb jenes durch Einzelforschung und ihre Ergebnisse kaum revidierbaren, bestenfalls langfristig und über Einschaltung politischer Instanzen modifizierbaren Rahmens, zu dem u. a.

die Thesen von der zentralen Rolle der materiellen Produktion und des Klassenkampfes, von der generell fortschrittlichen Rolle der Volksmassen, insbesondere der Arbeiterklasse, wie auch vor allem die Prämisse von der generellen und ubiquitären Präponderanz des ökonomischen Teilsystems im gesamtgeschichtlichen Prozeß gehören.

Mit Hinblick auf diese Grundbestimmungen der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung wird einsichtig, daß das, was in westlichen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik, als Sozialgeschichte, bzw. als Sozial- und Wirtschaftsgeschichte betrieben und gefordert wird, zu einem großen Teil entweder in der Arbeit der sozialistischen Historiker unter anderer Bezeichnung längst enthalten ist oder aber in ihr keinen Platz haben kann.

Etwas vereinfacht, lassen sich drei Bedeutungen des Begriffs »Sozialgeschichte« in der gegenwärtigen westlichen Diskussion, insbesondere in der Bundesrepublik, unterscheiden<sup>13</sup>:

1. Steht »Sozialgeschichte« verkürzend für einen umfassenden sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansatz, dem es um die Untersuchung des gesamthistorischen Prozesses im Sinne einer sozialökonomischen Interpretation der Geschichte geht. Historiker, die ihm verpflichtet sind, setzen die jeweils zu untersuchenden Phänomene, welchem Wirklichkeitsbereich im engeren Sinne sie auch zugehören mögen, mit sozialökonomischen Faktoren in Verbindung und zwar in einer Weise, die von deren maßgeblicher Wirkungsmächtigkeit oder sogar Dominanz innerhalb der Gesamtgeschichte ausgeht. Die Behauptung einseitiger Kausalbeziehungen zwischen sozialökonomischen Faktoren einerseits und politischen, ideologischen, kulturellen etc. Faktoren andererseits ist *freilich nicht ein notwendiger Bestandteil dieses Ansatzes. Er reicht von der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Untermauerung einzelner politischer, kultureller und allgemeinesgeschichtlicher Vorgänge – wie sie zunehmend zur Selbstverständlichkeit wird – über die ökonomisch-soziologische Analyse von historischen Teilphänomenen (Verfassungen, Wahlen, politischen Entscheidungsprozessen, Kirchen, religiösen Ideen, des Erziehungswesens, der kollektiven Mentalitäten usw.) bis zur sozialökonomischen Interpretation der Geschichte komplexer Einheiten: von Revolutionen, Städten, Gesellschaften oder Epochen. Sozial- und Wirtschaftstheoretiker dieses Typs pflegen von der Untersuchung der materiellen Bedingungen, Bevölkerungsverhältnisse, Produktivkräfte und Wirtschaftsorganisation (Arbeitsteilung, Tauschverhältnisse, Verteilungssystem usw.) zur Analyse der Sozialisationsprozesse, der sozialen Klassen, Gruppen und Schichten, Proteste und Allianzen fortzuschreiten und schließlich die politischen Institutionen, Willensbildungsprozesse und Entscheidungen, die Wissenschaft und Kunst, Religion und Ideen in die Analyse einzubeziehen. Allerdings kann schon aus arbeitsökonomischen Gründen selten die Gesamtheit der interdependenten historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit in einer Untersuchung bewältigt werden. Die tendenzielle Konzentration auf einzelne Gebiete, jedoch unter Beachtung der angedeuteten Bezüge, wird auch für solche Untersuchungen die Regel sein. Indem dieser umfassende sozialgeschichtliche bzw. sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansatz von der Konzeption einer begrifflich isolierbaren und dennoch nur aus dem gesamtgeschichtlichen Zusammenhang begreifbaren, dominanten sozialökonomischen Dimension ausgeht, verweist er auf sein soziales Substrat, nämlich auf die moderne Wirtschaftsgesellschaft seit dem*

18. Jahrhundert, deren relative Trennung von Staat und Kultur er begrifflich ebenso aufnimmt wie kritisch als zum Teil scheinbare enthüllt. Er wurde zunächst von *Marx* und *Engels* formuliert und wird heute häufig – aber nicht ausschließlich – auch in nicht-sozialistischen Ländern von Historikern benutzt, die in der einen oder anderen Weise von marxistischer Theorie beeinflusst sind <sup>14</sup>.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Typ einer umfassenden Sozial- bzw. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte innerhalb der sozialistischen Geschichtswissenschaften deshalb nicht mehr im Sinn eines historiographischen Revisionismus oder im Interesse der Ergänzung traditioneller Ansätze durch sozialökonomische gefordert werden kann und braucht, weil – im Prinzip – die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft *eine besondere Form* dieses Typs von Sozialgeschichte *ist*, und zwar in einer kanonisierten und damit monopolartigen Weise.

2. Sozialgeschichte meint aber in der Bundesrepublik auch eine strukturgeschichtliche Betrachtungsweise, die im Prinzip alle historischen Wirklichkeitsbereiche – Wirtschaft, Staat, Gesellschaft, Recht, Außenpolitik, Ideen usw. – erfassen und synthetisieren will, und zwar unter besonderem Blickwinkel: mit Betonung der überindividuellen Strukturen und Prozesse, der gesellschaftlichen »Verhältnisse« und Kollektivitäten <sup>15</sup>. Sozialgeschichte in diesem Sinn reflektiert die verbreitete Erfahrung der Abhängigkeit individueller Ereignisse, Handlungen und Personen von vorgegebenen, nur langsam veränderbaren und den Handelnden häufig nicht bewußten Strukturen und Prozessen überindividueller Art; sie bildete sich im revisionistischen Gegenzug zu älteren, übermäßig individualisierenden, generalisierungsskeptischen und strukturblinden geschichtswissenschaftlichen Traditionen heraus und ist überall dabei, diese zunehmend zu ergänzen, ja teilweise zu verdrängen. In diesem Verständnis stellt Sozialgeschichte nicht notwendig soziale und wirtschaftliche Faktoren ins Zentrum ihrer Betrachtung; sie braucht keineswegs – wie die unter 1. genannte sozialökonomische Geschichtsinterpretation – von einem materialen Begriff von Gesellschaft (etwa im Sinne eines durch organisierte Arbeit vermittelten Systems von Bedürfnissen, Interessen, Abhängigkeiten und Konflikten) auszugehen; sie kann im Prinzip dazu gelangen, in der Synthese verschiedenster Wirklichkeitsbereiche, bei der Feststellung von kausalen und funktionalen Verknüpfungen, bei der Identifikation der treibenden Kräfte nichtökonomischen, etwa politischen oder ideologischen, Strukturen und Prozessen den Primat einzuräumen; sie ist zwar prinzipiell von jeder bloßen Ereignis- oder Personengeschichte unterschieden und zielt in der Regel auf gesamtgesellschaftliche Synthese ab, eine Synthese aber, die nicht notwendig eine soziale oder sozialökonomische (im Sinne von 1.) sein muß.

Dieses Verständnis von Sozialgeschichte im Sinn einer strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise hat in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft keinen Platz. Einerseits beansprucht diese zu Recht, strukturgeschichtliche Momente in einem ausreichenden Maße immer schon zu berücksichtigen und aufgrund ihres Ausgangs von der historisch-materialistischen Theorie gegenüber den Gefahren einer zu sehr ereignis- oder personenorientierten Geschichtsschreibung im Prinzip gefeit zu sein <sup>16</sup>. Andererseits wird diejenige strukturgeschichtliche Betrachtungsweise, die nicht an sich dazu tendiert, sozialökonomische Faktoren wie die materielle Produktion und die sozialen Klassen im Zentrum des Geschichtsprozesses zu verorten (wenn sie auch im konkreten

Einzelfall zu solchen Ergebnissen kommen *kann*), von kommunistischen Historikern scharf als formalistische Abstraktion und soziologisierende Ablenkung von den im Historischen Materialismus längst identifizierten eigentlichen Triebkräften und Gesetzmäßigkeiten abgelehnt <sup>17</sup>.

3. Am ältesten und noch immer am verbreitetsten ist in den nicht-sozialistischen Geschichtswissenschaften jedoch ein Begriff von Sozialgeschichte im Sinne einer geschichtswissenschaftlichen *Teildisziplin*, die sich durch ihren spezifischen Gegenstandsbereich von anderen historischen Teildisziplinen mit anderen Gegenstandsbereichen, z. B. der Verfassungsgeschichte, abhebt. In diesem Verständnis – als »history of a people with the politics left out« <sup>18</sup> – ist Sozialgeschichte nur unscharf, wenn überhaupt, von einer ähnlich vom Gegenstand her definierten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, bzw. einer sozialgeschichtlich informierten Wirtschaftsgeschichte, abgegrenzt. Dieser Begriff von Sozialgeschichte (oder Sozial- und Wirtschaftsgeschichte) setzt die Vorstellung einer in Bereiche gegliederten oder sinnvoll zu analytischen Zwecken in Bereiche gliederbaren geschichtlichen Wirklichkeit voraus <sup>19</sup>. Historisch gesehen wurde die tatsächliche Herausbildung eines besonderen, vom Gegenstand her definierten Faches Sozial- oder Sozial- und Wirtschaftsgeschichte dadurch geprägt, ermöglicht und nahegelegt, daß – vor allem in Deutschland, in geringerem Maße in den meisten anderen kontinentaleuropäischen Ländern, kaum aber in den USA – die allgemeine neuere Geschichte primär als Geschichte von Staaten, Politik, später auch von Ideen, als Geschichtsschreibung mit anti-sozialökonomischen Grundhaltungen und Abwehrtendenzen betrieben wurde, in die die ausgiebige Behandlung von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten aus eigenem Recht keinen leichten Eingang fand und aus der diese folglich in eine separate, z. T. oppositionelle Randfachexistenz abgedrängt wurde <sup>20</sup>.

Der primär sozialökonomische Charakter der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung integriert im Prinzip soziale und wirtschaftliche Aspekte in den Hauptstrom des geschichtswissenschaftlichen Betriebs und macht damit die Entstehung eines eigenen Spezialfachs »Sozialgeschichte« sowohl überflüssig wie problematisch. Der historisch-materialistisch begründete Anspruch auf Erkenntnis der historischen Wirklichkeit als »Totalität« verbietet zudem die allzu weitgehende Zerlegung der historischen Wirklichkeit in Sektoren, die von separaten Teildisziplinen ohne umgreifende Koordination behandelt würden. Sozialgeschichte als Geschichte eines Volkes ohne Einbeziehung der Politik existiert folglich in sozialistischen Ländern nicht. Möglicherweise spielt dabei auch eine Rolle, daß sich die Soziologie als vom Historischen Materialismus klar unterschiedene, empirische Einzelwissenschaft erst sehr spät – in der DDR seit 1963/64, in Polen schon früher – herausbilden konnte <sup>21</sup> und Anstöße zur Etablierung einer eigenen Sozialgeschichte auch insofern lange ausblieben.

Bemerkenswerterweise gilt dies nicht im gleichen Maße für die Wirtschaftsgeschichte. Sie wird zwar, dem historisch-materialistischen Grundansatz entsprechend, als »Fundament der Geschichtswissenschaft überhaupt« betrachtet <sup>22</sup>, wirtschaftsgeschichtliche Überlegungen – unter Betonung der Produktion, der Klassen und des Klassenkampfes – werden innerhalb historischer Gesamtdarstellungen an zentraler Stelle berücksichtigt. Doch hat sich die marxistische Wirtschaftsgeschichte zugleich als relativ selbstständige Spezialdisziplin – mit eigenen Instituten, Lehrstühlen, Akademieabteilun-



gen, Veröffentlichungen und Kongressen – etabliert. Diese relative Selbständigkeit des Teilsystems »Wirtschaft« und damit zusammenhängend die spezifischen Theorien, Methoden und Begriffe der als selbständige Wissenschaft nicht in Frage gestellten, die Wirtschaftsgeschichte stark beeinflussenden Politischen Ökonomie, möglicherweise auch Einflüsse des internationalen Wissenschaftsbetriebs dürften diese partielle Herauslösung der Wirtschaftsgeschichte aus einer dennoch weiterhin wirtschafts- und sozialgeschichtlich fundierten allgemeinen Geschichtsschreibung begünstigt haben.

Als Wissenschaft der »historischen Entwicklung der Produktionsweise der menschlichen Gesellschaft«, der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sowie jener »Bereiche des gesellschaftlichen Überbaus, die entscheidenden Einfluß auf die ökonomische Entwicklung haben«<sup>23</sup>, wendet die Wirtschaftsgeschichte die theoretischen Fragestellungen der marxistischen Politischen Ökonomie an. Da diese die wirtschaftlichen Prozesse im engen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen begreift und »den Prozeß der konkreten Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in ihrer historischen Gesamtheit« behandelt, bleibt die marxistisch-leninistische Wirtschaftsgeschichte in den Zusammenhang der anderen historisch-sozialwissenschaftlichen Disziplinen relativ stark eingebunden. Da von ihrem theoretischen Grundansatz her ökonomisches Wachstum kaum abstrakt, sondern nur im konkreten sozialen Kontext analysiert werden kann, ist die marxistische Wirtschaftsgeschichte in Wirklichkeit Wirtschafts- und Sozialgeschichte unter Berücksichtigung der allgemeingeschichtlichen Bedingungen. Sie untersucht nicht nur die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in den einzelnen Gesellschaftsformationen, die einzelnen Produktionszweige und Betriebe, sondern etwa auch die ökonomischen Grundlagen der Entstehung, Entwicklung und des Untergangs der Klassen und sozialen Gruppen, die objektiven Grundlagen ihrer Interessen und der Widersprüche zwischen ihnen<sup>24</sup>. Unter der Etikette »Wirtschaftsgeschichte« sammeln sich somit in den sozialistischen Ländern viele Untersuchungen – z. B. über die Sozialstruktur von Teilen des Bürgertums –, die in der Bundesrepublik als »sozialgeschichtlich« oder »wirtschafts- und sozialgeschichtlich« eingeordnet würden<sup>24a</sup>.

## II

Der Ort, der Stellenwert und die Grundbestimmungen der Sozialgeschichte im Gesamtsystem der marxistischen Geschichtsschreibung wären damit kurz skizziert: Sozialgeschichte findet sich im Kern der marxistischen allgemeinen Geschichtsschreibung wie als Teil und Komponente der marxistischen Wirtschaftsgeschichte. Im folgenden soll es darum gehen, vor allem an Beispielen aus der deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, einige Besonderheiten, Leistungen, Möglichkeiten und Grenzen marxistischer Sozialgeschichte zu untersuchen und zwar zunächst in thematisch-inhaltlicher, dann (Abschnitt III) in methodischer und theoretischer Hinsicht.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts deutscher Geschichte gilt in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung als ein Teil des Übergangs von der feudalistischen zur kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsformation – ein Übergang, der in Deutschland mit seiner nationalen Zersplitterung und seinem schwachen Bürgertum im Unterschied

zu Westeuropa nur äußerst langsam vonstatten gegangen sei und sich auf die Periode von 1789 bis 1871 verteilt habe. »Hauptinhalt« der Periode ist damit die Ersetzung der primär agrarischen, vor-marktwirtschaftlichen, durch außer-ökonomische Abhängigkeiten und durch nur langsam voranschreitende Technik gekennzeichneten Produktionsformen durch zunehmend marktwirtschaftliche, auf Tausch und formal freier Arbeit beruhende, zunehmend industrialisierte Produktionsverhältnisse auf der Basis sich schnell entwickelnder Produktionsmittel, die Verdrängung des bis dahin ökonomisch den Ton angehenden, sozial und politisch herrschenden, grundbesitzenden Adels durch die ökonomisch kraftvoller werdende, schließlich auch zur politischen Herrschaft strebende Bourgeoisie; die Umwandlung feudal-absolutistischer Herrschaftsformen in bürgerlich-konstitutionelle<sup>25</sup>. Dem historisch-materialistischen Grundansatz entsprechend konzentriert sich die Suche nach den treibenden Kräften dieses Transformationsprozesses auf sozialökonomische Prozesse, soziale Klassen, ihre Interessen und Konflikte. Entsprechend stehen neben der hier nicht behandelten Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft<sup>26</sup> die industrielle Revolution, die bürgerlichen Oppositionsbewegungen sowie Arbeiterschaft und entstehende Arbeiterbewegung thematisch im Vordergrund.

Bis ca. 1960 wurde in unkritischer Übernahme einiger am englischen Modell orientierter Bemerkungen von *Marx, Engels, Lenin* und *Stalin* angenommen, daß die primär durch die massenhafte Verwendung von Werkzeugmaschinen charakterisierte industrielle Revolution durchweg zuerst in der Leichtindustrie, insbesondere im Textilsektor eingesetzt habe; konsequenterweise wurde, vor allem im Hinblick auf die sächsische Baumwollherstellung, der Beginn der deutschen industriellen Revolution in die Reformzeit um 1810 verlegt<sup>27</sup>. Unter dem Einfluß *Hans Motteks* hat sich dagegen seit 1960 in größerer Übereinstimmung mit der westlichen Wirtschaftsgeschichte durchgesetzt, die sprunghaft anwachsende Investitionstätigkeit außerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs als Hauptdatierungskriterium für den Beginn der Industrialisierung zu benutzen und diese mit dem weit ausstrahlenden Investitionsboom im Eisenbahnsektor seit den späten 30er Jahren einsetzen zu lassen<sup>28</sup>. Dieser überzeugende, theoretisch informierte Neuansatz, in dessen Verlauf streng aus den Quellen erarbeitete, weiterführende Spezialuntersuchungen zur frühen Industrialisierung<sup>29</sup> und ein brauchbares wirtschaftshistorisches Handbuch entstanden<sup>30</sup>, läßt einerseits erkennen, daß nach der Entstalinisierung der späten 50er Jahre Möglichkeiten zu tiefgreifenden Revisionen bisher autoritativ gehaltener wissenschaftlicher Positionen gegeben waren (und sind); er läßt andererseits erkennen, wie sehr diese Art marxistischer Wirtschaftsgeschichte trotz neuer Aspekte, Kategorien, Akzente und Ergebnisse methodisch in der deutschen Tradition der Wirtschaftsgeschichte<sup>31</sup> steht: in der intensiven Aufrechterhaltung der Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in der Einschätzung institutioneller Bedingungen (etwa der staatlichen Politik), in der primär narrativen, kaum quantifizierenden Darstellungsweise<sup>32</sup>. Darin unterscheidet sich die deutsche marxistische Wirtschaftsgeschichte (ebenso wie die ganz große Mehrzahl der westdeutschen Historiker) sehr deutlich von den methodisch fortgeschrittensten Formen nationalökonomisierter quantitativer Wirtschaftsgeschichte, wie sie heute vor allem in USA und in Frankreich betrieben wird<sup>33</sup>.

Im Unterschied zu diesen Richtungen ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Wachstum und seinen Bestimmungsfaktoren nicht das alles überragende Erkenntnisinteresse marxistischer Wirtschaftshistoriker, die, ihrem historisch-materialistischen Grundansatz entsprechend, zugleich, wenn nicht häufig sogar primär, die Veränderung der Klassenkonflikte, die sozialen Bedingungen, Folgen und Kosten des Wachstums als Fluchtpunkte ihrer Analysen benutzen<sup>34</sup>. Dennoch rückte in den letzten Jahren das Interesse am ökonomischen Wachstum und seinen Bestimmungsfaktoren auch bei marxistischen Wirtschaftshistorikern verstärkt in den Vordergrund<sup>35</sup>; die Erforschung der Technik als Moment des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses wurde zu einem sehr beachteten Forschungsgegenstand, wobei Technik jedoch ganz betont in ihrer Verbindung mit dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, nicht »an sich« oder als bloßes Produkt einzelner Erfinder begriffen wird<sup>36</sup>; besonders in Polen ist eine steigende Tendenz zur makro-ökonomischen Analyse, zur Orientierung an der ökonomischen Theorie, zur fortgeschrittenen statistischen Methode in der Arbeit der Wirtschaftshistoriker feststellbar<sup>37</sup>. All dies scheint die marxistische Wirtschaftsgeschichte mit dominanten Strömungen in nichtsozialistischen Ländern zu teilen. Doch bleibt die durchaus angemessene Warnung vor einer Verabsolutierung statistisch meßbarer Wachstumsvorgänge auf Kosten der Analyse der schwerer quantifizierbaren gesellschaftlichen Bezüge, Klasseninteressen, Klassenkämpfe und Herrschaftsbeziehungen überhaupt ein wichtiges Merkmal marxistischer Wirtschaftsgeschichte<sup>38</sup>.

Die Beschäftigung mit den bürgerlichen, liberalen und demokratischen Oppositionsströmungen des Vormärz nimmt in Gesamtdarstellungen und im Forschungsbetrieb der DDR überhaupt vergleichsweise viel Raum ein. Ziel der Interpretationen ist es dabei zumeist, die vom theoretischen Ansatz her zu erwartende Zuspitzung des »Hauptwiderspruchs« der Epoche, des feudalbürgerlichen Klassengegensatzes, das Anschwellen des die Herrschenden bedrohenden und zu Konzessionen stimulierenden Drucks der fortschrittlichen Volksmassen zu erweisen<sup>39</sup>. Unter weitgehender Vernachlässigung des damals tatsächlich dominierenden gemäßigten Liberalismus rücken Historiker aus der DDR linksliberale und demokratische Strömungen und Sprecher – durchaus unter Erschließung neuen Quellenmaterials zu diesem sicherlich traditionell nicht ausreichend bearbeiteten Gebiet – in überproportionaler Weise in den Vordergrund<sup>40</sup>. Dabei minimieren sie die bekanntlich sehr verbreiteten, auch in marxistisch-leninistischen Kategorien als rückschrittlich zu bezeichnenden, an zünftlerischen Vorstellungen orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des gleichwohl politisch häufig liberal-demokratischen Kleinbürgertums ebenso gern wie sie das deutsch-tümelnde Moment der sehr positiv eingeschätzten Burschenschaften oder den Antisemitismus in der ebenfalls als sehr fortschrittlich begriffenen Turnerbewegung herunterspielen. Dem historisch-materialistischen Grundverständnis entsprechend, werden liberale und demokratische Forderungen und Bewegungen als politischer Ausdruck des aufgrund allmählicher Industrialisierung stärker werdenden, allerdings als sehr heterogen begriffenen Bürgertums verstanden<sup>41</sup>; die *Vermittlung* von sozialökonomischen Veränderungen, abgestuften Klassen- und Gruppeninteressen und politisch-ideologischen Vorgängen wird jedoch kaum konkret untersucht. Die Verknüpfung von Wirtschaft und Politik ist häufig die akzeptierte Prämisse, weniger das empirisch gesicherte

Ergebnis der Forschung. Vom historisch-materialistischen Konfliktmodell ausgehend wird antifeudal-revolutionäres Verhalten vom Bürgertum – als Normalfall sozusagen – erwartet, d. h. soweit es wirklich auftrat, nicht besonders für erklärungsbedürftig gehalten; die tatsächlich dominierenden, wenig revolutionären, aber auf mehr oder weniger durchgreifende Reformen bedachten Liberalen erscheinen dagegen, wenn sie überhaupt thematisiert werden, als erklärungsbedürftige Abweichung vom Normalfall. Methodisch ist diese von den allermeisten Nicht-Marxisten-Leninisten nicht geteilte Perspektive letztlich wichtiger – und enttäuschender – als die moralisch-politisch-geschichtsphilosophische Überhöhung der revolutionär-demokratischen Alternative zur »Aufgabe« des Bürgertums und die Diffamierung des gemäßigten Liberalismus als »Opportunismus« und schließlich als »Verrat«.

An dieser – hier überpointiert zusammengefaßten – Behandlung des vormärzlichen liberalen und demokratischen Bürgertums durch DDR-Historiker zeigt sich eine in der DDR häufig auftretende Schwäche marxistisch-leninistischer Geschichtsschreibung. Trotz der zentralen Rolle sozialökonomischer Kategorien, die aus einem historisch-materialistischen Klassenmodell stammen, aber häufig ganz global und plakativ wirken, unterbleibt letztlich die konkrete sozialökonomische Analyse, die ja gerade darin bestünde, über Sozialstruktur-, Interessen- und Entscheidungsprozeßanalysen den konkreten Zusammenhang von ökonomischen Prozessen, sozialen Strukturen, Interessen und politischen Phänomenen zu erweisen<sup>42</sup>. Solche Untersuchungen würden allerdings wohl manchmal zu Ergebnissen führen, die den aus dem historisch-materialistischen Grundansatz abgeleiteten Erwartungen und einigen Aussagen der »Klassiker« widersprechen.

Ein ähnliches Grundmuster kennzeichnet die marxistisch-leninistische Sozialgeschichte der beginnenden deutschen Arbeiterbewegung, deren entscheidende Bedeutung und prinzipielles Angelegtsein auf revolutionäre Überwindung der kapitalistisch-bürgerlichen Grundordnung von der Theorie her vorausgesetzt und kaum mehr empirisch getestet werden<sup>43</sup>. Dieser Ansatz führte zur Erschließung neuer Materialien und Einsichten, frühzeitig durch *J. Kuczynski* über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft<sup>44</sup> oder über das bis dahin unbekannte Ausmaß von Unruhen und Revolten unter den Eisenbahnarbeitern der 40er Jahre<sup>45</sup>; in bezug auf die Revolution ermöglichte dieser Ansatz eine Korrektur der in der Bundesrepublik häufigen Unterschätzung kommunistischer Einflüsse in der entstehenden Arbeiterbewegung, jedoch nicht ohne sie seinerseits stark zu überschätzen<sup>46</sup>. Dieser theoretische Ansatz reizte dagegen bisher wenig zur Untersuchung der gewichtigen Handwerksgesellenvereine des Vormärz; auch die Erforschung der Arbeiterbildungsvereine ist erst kürzlich aufs Programm gesetzt worden<sup>47</sup>. Die Heterogenität und die Unfertigkeit des Proletariats als Klasse in Vormärz und Revolution werden durchaus gesehen und betont, dennoch aber ein innerer Zusammenhang zwischen Handwerkersozialismus, frühem Marxismus, Heimarbeiter-, insbesondere Weberunruhen und Eisenbahnarbeiterprotesten unterstellt, den es erst noch empirisch zu belegen gälte. Die Tatsache, daß, abgesehen von den Eisenbahnbauarbeitern, primär vorindustrielle Gruppen (Gesellen und Heimarbeiter) es waren, die die ersten Arbeiterproteste trugen, wird zwar bemerkt, aber in die eigene Theorie nicht wirklich eingebracht, vielleicht auch deshalb nicht, weil sonst,

gerade von wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten her, die behauptete progressive, für die ideologische Selbstausslegung des »Arbeiter-und-Bauernstaates« DDR auch praktisch bedeutsame Kontinuität zwischen dem Vormärz und der im engeren Sinne proletarischen, nämlich in starkem Maße von Fabrikarbeitern getragenen Arbeiterbewegung späterer Jahrzehnte bis heute fraglicher würde, als es unter personen- und theoriegeschichtlichem Blickwinkel der Fall ist<sup>48</sup>. Die Prägung sozialgeschichtlicher Forschung durch eine schwerlich grundsätzlich in Frage zu stellende Ausgangstheorie, den Historischen Materialismus, erweist sich gerade bei der Erforschung eines so politiknahen Themas wie dem der Arbeiterbewegung nicht nur als vorteilhafte Bedingung zur Entdeckung neuer Perspektiven, Materialien und Erklärungen, sondern auch als Fessel und Prokrustesbett.

Ganz Ähnliches ließe sich an der Deutung der Rolle des preußischen Staates vor 1848 innerhalb der marxistischen sozialökonomischen Geschichtsauffassung zeigen. Diese begreift den Staat als den »konzentrierten Ausdruck der Ökonomie, ihre Verallgemeinerung und Vollendung« bzw. als »politisches Machtinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse«<sup>49</sup>. Den preußischen Staat der Reformzeit und des Vormärz deutet sie als Herrschaftsinstrument der zum Junkertum verwandelten Feudalklasse in ihrem reaktionären Abwehrkampf gegen das aufstrebende und von der politischen Macht ausgeschlossene Bürgertum<sup>50</sup>. Von daher kritisiert sie scharfsichtig die modernisierungshemmenden, industrialisierungs- und bürgertumsfeindlichen Entscheidungen und Funktionen des staatlichen Apparats, die von der traditionell staatsorientierten »bürgerlichen« Geschichtsschreibung häufig übersehen wurden. Diese Geschichtsauffassung erschwert oder versperrt sich jedoch die Möglichkeit, die dynamisch-fortschrittlichen, industrialisierungsfreundlichen, modernisierenden Anstöße und Funktionen oder überhaupt die *relative* Eigenständigkeit und Klassenunabhängigkeit der preußischen Bürokratie angemessen zu erfassen<sup>51</sup>. Dem entspricht, daß Untersuchungen zur Struktur, sozialen Zusammensetzung, zu Regeln, Verhaltensweisen, inneren Herrschaftsbeziehungen und äußeren Wirkungen der so bedeutungsvollen vormärzlichen Bürokratie als sozialer Gruppe und Institution so gut wie ganz fehlen.

### III

Methodisch und theoretisch haben neuere Strömungen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in einigen westlichen Ländern Pionierdienste geleistet<sup>52</sup>. Ihre Neigung zur intensiven Untersuchung überindividueller, kollektiver und massenhafter Phänomene führte sie zur vorsichtigen Anwendung statistischer und quantifizierender Methoden (bis hin zur elektronischen Datenverarbeitung) von Methoden, die zwar nicht auf die Sozial- und die Wirtschaftsgeschichte beschränkt sind, doch in diesen mehr als in anderen historischen Teildisziplinen Anwendung finden. Auch nicht-literarische Quellengattungen wurden in diesem Zusammenhang wenn nicht entdeckt, so doch erstmals in größerem Maße nutzbar gemacht (z. B. Zensus-Ergebnisse und Pfarregister). Auf Teilgebieten führten quantitative Methoden zu bisher unerreichbaren Teilergebnissen, zu größerer Genauigkeit in Sprache, Hypothesen und Resultaten sowie zu größerer Repräsentativität<sup>53</sup>. Aus ihrem vorwiegenden Interesse an überindividuellen Strukturen

und Prozessen folgt für Sozial- und die Wirtschaftsgeschichte des weiteren eine gewisse Distanz gegenüber *nur*-individualisierenden, *nur*-hermeneutischen Methoden, die sich auf die Auslegung von individuellen Handlungen, Haltungen und Texten aus deren eigenem Sinn- und Motivationshorizont innerhalb spezifischer Situationen, auf die Untersuchung der konkreten Details beschränken. Deutlicher noch als andere Historiker benötigen die Sozial- und Wirtschaftshistoriker über individuelle Haltungen, Handlungen und Sinnbezüge hinausgehende Mittel zur Strukturierung ihres Materials, d. h. Begriffssysteme, Modelle, Hypothesen und Theorien, die sie nicht aus den Quellen selbst beziehen können. Sie müssen versuchen, die forschend-verstehenden Verfahrensweisen traditioneller Geschichtsschreibung mit strukturgeschichtlich-analytischen Methoden zu verknüpfen, um nicht nur das im Motivations- und Sinnhorizont der Handelnden Manifeste, sondern auch jene Strukturen und Prozesse zu erfassen, die als machtvolle Bedingungen, Ursachen und Grenzen menschlicher Haltungen und Handlungen gleichwohl im Bewußtsein der Menschen nicht oder nur unvollständig bzw. verzerrt präsent waren<sup>54</sup>. Aus solchen methodischen und theoretischen Bedürfnissen ergibt sich eine seit Jahrzehnten geforderte, in einigen Ländern auch zunehmend praktizierte Hinwendung der Sozial- und Wirtschaftshistoriker zu den systematischen Sozialwissenschaften. Die sich dabei für nicht-marxistische Historiker stellenden Probleme sind hier allerdings nicht zu diskutieren<sup>55</sup>.

Im Prinzip kann die sozialökonomisch orientierte marxistische Geschichtsschreibung die notwendige Verknüpfung sinnverstehend-hermeneutischer mit strukturgeschichtlich-analytischen Methoden durchaus leisten. Das forschende Verstehen der Handlungsmotive und -resultate aus ihrem historisch wandelbaren Sinnzusammenhang wird zwar keineswegs als Grundlage eines geschichtswissenschaftlichen oder gar »geisteswissenschaftlichen« Sonderstatus reklamiert (ganz im Gegenteil), im Alltag der Geschichtsschreibung jedoch neben anderen Methoden angewandt<sup>56</sup>. Die marxistischen Historiker halten auch theoretisch wie praktisch in wechselnden Betonungen am Grundsatz der Individualität historischer Phänomene fest, der ihre Subsumierbarkeit unter abstrakte Regelmäßigkeiten (Gesetze im neopositivistischen Verständnis) ebenso ausschließt wie ihr völliges Aufgehen in den historisch-materialistischen »Tendenzgesetzen«, die als Ziel am Ende einer historischen Untersuchung stehen sollen und die im marxistischen Verständnis nichts anderes bedeuten als die theoretische Formulierung der »objektiven«, »wesentlichen« historischen Zusammenhänge, der »Kerngestalt« in der unendlichen Vielfalt und Heterogenität der historischen Erscheinungen. Die Komplexität, die Unwiederholbarkeit, z. T. auch die Zufälligkeit historischer Ereignisse und Erscheinungen werden betont und ihre Erforschung dem Historiker zur Pflicht gemacht, allerdings mit dem Ziel, mit Hilfe der historisch-materialistischen Theorie die »wesentlichen« Grundstrukturen in diesen Erscheinungen zu erfassen und in Form von »Gesetzen« zu formulieren<sup>57</sup>. Grundeinsichten des Historismus werden teilweise explizit-theoretisch, stärker noch in der praktischen Arbeit durchaus aufrechterhalten, so etwa die Forderung nach der jeweils neu zu überprüfenden Angemessenheit gegenwärtiger Kategorien an vergangene Untersuchungsgegenstände<sup>58</sup>, oder die Grundsätze der überlieferten Quellenkritik, die in der Hand marxistischer Autoren allerdings dadurch erweitert und häufig verbessert wird, daß die Frage nach dem Klassencharak-

ter der Quellen, nach dem sozialen Zusammenhang, in dem sie entstanden, und damit nach ihrer Prägung durch Herrschaftsbeziehungen und Konflikte verstärkt in den Mittelpunkt gerückt wird <sup>59</sup>.

Andererseits ist es ein weitgehend verwirklichter Gemeinplatz marxistischer Geschichtsmethodologie, Haltungen und Aktionen, Handlungsziele und -resultate, einzelne Ereignisse und Gestalten in Kategorien überindividueller Strukturen und Prozesse zu erklären. Kausale und funktionale, strukturelle und genetische Verknüpfungsmethoden werden dabei benutzt unter Anerkennung von Multikausalitäten und vielfältigen Interdependenzen <sup>60</sup>. Insbesondere in Darstellungen größerer Zusammenhänge dominiert die funktionale Fragestellung, häufig durchaus auf Kosten kausaler Erklärungen und Entscheidungsprozessanalysen, d. h. die Feststellung von Wirkungen eines historischen Phänomens auf einzelne historische Prozesse, Interessen, Klassen usw. oder die Identifikation seiner Funktionen für den Gesamtzusammenhang. Unter diesem ist dabei sowohl der synchrone Struktur- wie der diachrone Entwicklungszusammenhang (und zwar in fließendem Übergang) zu verstehen. Da der historische Entwicklungszusammenhang auf der Basis des Historischen Materialismus in seinen Grundlinien verbindlich bestimmt ist, wird einzelnen historischen Phänomenen (wie Klassen, Revolutionen, Kriegen, ökonomischen Fortschritten) geradezu eine »Aufgabe« zugemessen, mit der dann das tatsächliche Verhalten, die tatsächlichen Funktionen, kritisch verglichen werden <sup>61</sup>.

Besonders unter polnischen Historikern, die z. T. in guten Arbeitskontakten zu westlichen, insbesondere französischen Sozialhistorikern stehen, werden, auf einer langen, fortwirkenden, vor-marxistischen Tradition polnischer Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung fußend, schon seit längerer Zeit quantitative Methoden zur Erfassung von Massenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft angewandt. Der undogmatische (oft überhaupt fehlende) Gebrauch der Grundbegriffe des Historischen Materialismus bei polnischen Historikern korrespondiert mit starken Tendenzen zur experimentellen Anwendung von Modellen und Methoden der systematischen Nachbarwissenschaften, z. B. auf dem Gebiet der historischen Demographie, der historischen Strukturanalyse sozialer Gruppen, Schichten und Klassen und beim Studium der Konjunkturen <sup>62</sup>.

Sehr viel narrativer und konventioneller in bezug auf die Anwendung von fortgeschrittenen statistisch-mathematischen Methoden und die Anwendung soziologischer Fragestellungen stellt sich die Geschichtsschreibung der DDR dar. Neben der in marxistisch-leninistischem Gewand weiterwirkenden antipositivistischen, anti-quantitativen, in Polen eben weitgehend fehlenden deutschen historischen Tradition dürften dafür vor allem drosselnde Wirkungen der historisch-materialistischen Gesamtheorie verantwortlich sein, die innerhalb der relativ autoritären Gesellschaftsstruktur und Wissenschaftsorganisation der DDR starrer, dogmatischer und durchdringender gehandhabt wurde (und wird) als in Polen, in Jugoslawien, in der ČSSR bis 1968 oder in Ungarn heute. Konnte sich doch in der DDR, ähnlich wie in der Sowjetunion, eine empirisch-systematische Soziologie erst in den frühen 60er Jahren von dem Stigma befreien, letztlich ein bürgerliches Mittel zur Verwischung der in der historisch-materialistischen Theorie längst eindeutig erkannten objektiven Klassenlinien zu sein <sup>62a</sup>.

Entsprechend gering blieben auch die Anreize und Spielräume zu sozialstatistischen, sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Feinuntersuchungen historischer Klassen, Schichten und Gruppen, d. h. zu Feinuntersuchungen, die eben erst in Gang kommen können, wenn der bisher erreichte Wissensstand über das jeweilige Thema als unvollkommen und als revidierbar, als erneut fragwürdig und untersuchenswert erscheint. Sich allzu sicher und vollkommen gebende Theorie mit zudem institutioneller Absicherung hat insofern eine die konkrete Forschung eher lähmende als beflügelnde Wirkung. Entsprechendes gilt für jenes sozialgeschichtliche Feld, auf dem in den letzten Jahrzehnten in Frankreich, England und den USA die wohl größten methodischen Fortschritte und Neuerungen erreicht werden konnten: die historische Demographie<sup>63</sup>. Wenn historisch-demographische Forschungen in der DDR noch weitgehend fehlen, so liegt das im wesentlichen daran, daß die historisch-materialistische Theorie das Bevölkerungswachstum und dessen Bewegungen als sekundär und abhängig von sozialökonomischen Veränderungen der Produktion begriff, und Forscher, die sich gründlicher mit diesem Problem beschäftigten, allzu leicht ideologiekritisch an den Malthusianismus herangerückt wurden<sup>64</sup>. Gleichwohl ist zu betonen, daß sich gewisse Tendenzen zur verstärkten Anwendung systematisch-sozialwissenschaftlicher Fragestellungen und quantitativer Methoden seit den frühen 60er Jahren auch in der DDR (wie in der Sowjetunion) bemerkbar machen<sup>65</sup>. Insofern sind Tendenzen zur Annäherung zwischen marxistischer und nicht-marxistischer Sozialgeschichte unübersehbar. Dem entspricht die auch in der DDR erhobene Forderung nach Zusammenarbeit zwischen Politökonomie und marxistischer Soziologie einerseits und Geschichtswissenschaft andererseits.

Nach ihren *wissenschaftstheoretischen Bestimmungen*, die sich allerdings noch stark in der Diskussion befinden, enthält das Verhältnis zwischen Wirtschaftswissenschaft und Soziologie einerseits und Wirtschaftsgeschichte und allgemeiner Geschichtswissenschaft andererseits kaum Probleme schwer zu überbrückender Spannung, wenn auch solche einer schwer zu leistenden Abgrenzung. Denn im Unterschied zu den herrschenden Strömungen in den nicht-marxistischen Sozialwissenschaften grenzen sich die marxistischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Anspruch streng gegenüber neopositivistischen Typen des Wissenschaftsverständnisses ab und begreifen sich als im Prinzip historische, wenn auch die Forschungspraxis dem nicht immer gerecht wird. Andererseits ist die marxistische Geschichtswissenschaft eindeutiger als in nicht-sozialistischen Ländern als Gesellschaftswissenschaft definiert, in Abgrenzung zu allen rein idiographischen, historistischen Ansätzen<sup>66</sup>. Die Unterschiede sind deshalb in wissenschaftstheoretischer Hinsicht nicht immer ganz scharf zu ziehen. Abgelehnt wird immer klarer die These, daß es in Ökonomie und Soziologie um die Erkenntnis von Gesetzen, in der Geschichtswissenschaft um die Erforschung von deren konkreter Durchsetzung gehe<sup>67</sup>. Auch marxistische Historiker beanspruchen, die Erkenntnis von historischen Gesetzmäßigkeiten zu leisten. Als Hauptunterschied zwischen Soziologie und Geschichte gilt vor allem, daß jene »die gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge in ihrer logischen Abfolge untersucht, während die Geschichtswissenschaft das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Gesetze in seiner genetisch-empirischen und genetisch-strukturellen Verknüpfung erforscht«, also stärker als jene auf die Zeit- und Entwicklungsstruktur der untersuchten Gegenstände abhebt<sup>68</sup>.



Ungeachtet dieses wissenschaftstheoretischen Aneinanderrückens von (anspruchsgemäß historischer) Soziologie<sup>69</sup> und (letztlich sozialökonomischer) Geschichte ist in der Forschungspraxis der DDR, wie bereits erwähnt, noch wenig von der Rezeption soziologischer Theorien, Modelle und Methoden zu bemerken. Wenn Historiker aus der DDR über die neuentdeckte Theoriebedürftigkeit ihrer westdeutschen Kollegen spotten und meinen, daß sie dies Problem längst gelöst hätten<sup>70</sup>, so können sie sich nicht auf die erfolgreiche Rezeption soziologischer Ergebnisse berufen – das haben sie noch kaum versucht, geschweige denn erreicht, und sie dürften in dieser Hinsicht zur Zeit sogar hinter der westdeutschen Geschichtswissenschaft herhinken. Mit ihrem Anspruch, Theorie längst in die Geschichte eingebracht zu haben, meinen sie auch vielmehr das enge Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und historisch-materialistischer Geschichtstheorie, die häufig auch als »allgemeine Soziologie« bezeichnet wird<sup>71</sup>. Daß diese die ostdeutsche Geschichtswissenschaft – wenn auch nicht bis in jede einzelne Spezialstudie hinein – tatsächlich bestimmt (und zwar stärker als etwa die polnische), dies wurde hier in mehrfacher Hinsicht in seinen Chancen, Grenzen und Gefahren gezeigt<sup>72</sup>. Klar wurde, daß solche Gesamtheorie mit politisch-institutionellem Rückhalt die Anwendung von speziellen soziologischen Theorien nicht ersetzen, wohl aber behindern kann. Eine stärkere Rezeption von diesen dürfte eine gewisse Lockerung der Einbindung in jene geradezu voraussetzen.

Im Problem des Verhältnisses von Theorie zu empirischer historischer Forschung lassen sich die klarsten Unterschiede zwischen marxistisch-leninistischen und »bürgerlichen« Wissenschaftlern festmachen, wobei, wie am Beispiel Polens gezeigt, nicht jeder Historiker im sozialistischen Land als »marxistisch-leninistischer« Forscher qualifiziert werden kann. Die meisten Historiker in den liberal-parlamentarischen westlichen Demokratien verfügen über eine gewisse, allerdings nur relative Wahlfreiheit zwischen verschiedenen sozialwissenschaftlichen Modellen und historischen Typen, die – im Idealfall in herrschaftsfreier Diskussion und Kritik miteinander konkurrierend und einander ergänzend – verschiedenartige Ansätze zur Erforschung desselben Gegenstandes oder Problems erproben lassen und zu konkurrierenden, wenn auch nicht unvereinbaren, jeweils partiellen sowie ergänzungs- und revisionsfähigen Ergebnissen führen. Dieser auf fachöffentliche, unbehinderte Diskussion angewiesene und häufig nicht völlig realisierte Pluralismus der Ansätze und Methoden setzt nicht nur ein hohes Maß an Liberalität in Gesellschaft, Politik und Wissenschaftsorganisation sowie ein Minimum an Konsensus über Begriff und Arbeitsweise von Wissenschaft, sondern auch ein zwar nicht notwendig nominalistisches, doch flexibles Verständnis vom Verhältnis zwischen Erkenntnisgegenstand und Erkenntnis voraus. Einem solchen Verständnis zufolge schreibt die zu erkennende historische Wirklichkeit dem Forscher die Begriffe, Modelle und Theorien ihrer Erforschung nicht eindeutig vor, sondern läßt ihm einen allerdings begrenzten Spielraum der Ansatzwahl und Begriffsbildung. Historische Erkenntnis ist danach immer selektiv und vollzieht sich unter variierenden (wenn auch nicht beliebigen) Gesichtspunkten, die von den Erkenntnisinteressen und den praktisch vermittelten Wertungen der einzelnen Forscher und ihrer Bezugsgruppen bestimmt sind. Demgegenüber erscheint – und das ist für die meisten »bürgerlichen« Historiker nicht akzeptabel – dem Marxisten-Leninisten die Geschichte als eindeutig strukturierter ge-

setzungsmäßiger Prozeß, der von dem auf seiten des Fortschritts, d. h. auf seiten des siegreichen Sozialismus stehenden Forscher unter Anleitung der marxistisch-leninistischen Theorie und unter Berücksichtigung der Anforderungen sozialistischer Praxis in diesen seinen eindeutigen Strukturen, in seinem »Wesen«, erkannt werden kann. Die angemessenen Gesichtspunkte und Begriffe des historisch-wissenschaftlichen Erkennens sind in diesem Verständnis zugleich die vorherrschenden Elemente der zu untersuchenden Wirklichkeit. Die Bandbreite möglicher Ansätze und Ergebnisse wird durch einen solchen Wirklichkeitsbegriff sowie durch die recht eindeutige politische Verortung und Kontrolle der Forscher stark eingeschränkt. Die im Westen dominierende Beschäftigung mit Modellen und Typen als Mittel historisch-sozialwissenschaftlicher Partialerkenntnis erscheint von diesem Standpunkt aus als subjektivistische oder agnostizistische Ablenkung von den eigentlichen Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses, als ideologischer Verzicht auf Substanzeinsicht und als provokative Infragestellung des Selbstverständnisses des etablierten Sozialismus und der in ihm Herrschenden, die sich ja eben durch Rekurs auf spezifische Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses in ihrer Fortschrittlichkeit und ihren Machtansprüchen zu legitimieren versuchen<sup>73</sup>. Um die erkenntnistheoretischen und geschichtsphilosophischen Voraussetzungen, wie um die politischen Implikationen dieser marxistischen Position, bei denen eine Antikritik anzusetzen hätte, kann es hier nicht weiter gehen<sup>74</sup>.

Bei aller Einsicht in diese prinzipiellen Besonderheiten der marxistisch-leninistischen Sozialgeschichte ist für die praktische Zusammenarbeit zwischen »bürgerlichen« und marxistisch-leninistischen Historikern aber mindestens ebenso wichtig, daß jene prinzipiellen Besonderheiten nur unter bestimmten Bedingungen durchschlagend auf die praktische Einzelforschung einwirken und daß, wie gezeigt, auf einzelnen Teilgebieten konvergierende Tendenzen vorhanden sind. Die wünschenswerte Realisierung sachbezogener Diskussion, Kritik und Kooperation, die besonders bei der Erforschung begrenzter Teilbereiche chancenreich wäre, könnte hier anknüpfen, hat aber in der Sozialgeschichte in Deutschland noch kaum begonnen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> E. J. Hobsbawm, *From Social History to the History of Society*, in: *Daedalus* 100, Nr. 1 (1971) (= *Historical Studies Today*), S. 20.

<sup>2</sup> Vgl. die Übersicht über die historischen Lehrstühle, Institute und Fachzeitschriften in der DDR und Polen bei: W. Eckermann und H. Mohr, Hrsg., *Einführung in das Studium der Geschichte*, Berlin 1969<sup>2</sup>, S. 9–16, S. 220–22; *La Pologne au XIII<sup>e</sup> Congrès International des Sciences Historiques à Moscou*. I-ère Partie: *La recherche historique en Pologne 1945–1968*, réd. par A. Wyczański, Varsovie 1970, S. 87–159, S. 237–254 (Ausnahmen aber: ebd., S. 156: Lehrstuhl f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte d. Univ. Wrocław, und S. 245: Jahrbuch f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Poznań seit 1931). – Institute und Lehrstühle für Wirtschaftsgeschichte sind dagegen häufig, in der DDR fast ausnahmslos innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten; ebenso für Teilgebiete der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, etwa für Geschichte der Arbeiterbewegung. – Vgl. weiterhin Eckermann/Mohr, a.a.O., S. 76–78: Gliederung der Geschichtswissenschaft in Wirtschafts-, politische und Kulturgeschichte. Abschnitte

über Sozial- oder Sozial- und Wirtschaftsgeschichte fehlen auch in der erschöpfenden bibliographischen Selbstdarstellung der DDR-Historiker: *Historische Forschungen in der DDR/1960–1970*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), Sonderheft. Reste des Gebrauchs des Begriffs »Wirtschafts- und Sozialgeschichte« zu Gliederungszwecken dagegen in: *Historische Forschungen in der DDR*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960), Sonderheft, S. 22 ff., S. 229 ff.; *Nowvelles études historiques*, publ. à l'occasion du XII<sup>e</sup> Congrès International des Sciences Historiques par la Commission Nationale des Historiens Hongrois, Bd. 2, Budapest 1965, S. 463 ff.

<sup>3</sup> Die tendenzielle Verallgemeinerung dessen, was zunächst primär Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft gewesen sein mag, in eine geschichtsphilosophische Maxime bei *K. Marx*, Zur Kritik der politischen Ökonomie (Vorwort), in: *Marx/Engels*, Werke, Berlin 1957 ff. (im folgenden: MEW), Bd. 13, S. 8 ff.; *K. Marx* an *P. W. Annenkow* am 28. 12. 1846, in: MEW, Bd. 27, S. 452. Zur hegellisch geprägten Begründung der Anwendbarkeit von Kategorien, die der Gegenwart entstammen, auf vergangene Epochen vgl. d. Einleitung z. 1. Aufl. des »Kapital«, in: MEW, Bd. 23, S. 12: »Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild seiner eigenen Zukunft.« Und: Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 636: »Die bürgerliche Ökonomie liefert so den Schlüssel zur antiken etc...« – Hier soll nicht der durch und durch historische Grundsatz von *Marx* und *Engels* verwischt werden. Dazu mit vielen Belegen: *A. Schmidt*, Über Geschichte und Geschichtsschreibung in der materialistischen Dialektik, in: Folgen einer Theorie. Essays über »Das Kapital« von Karl Marx, Frankfurt 1967, S. 103–129; *ders.*, Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik, München 1971; *O. Morf*, Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie. Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx, Frankfurt 1970<sup>2</sup>; *H. Fleischer*, Marxismus und Geschichte, Frankfurt 1969; *H.-J. Steinberg*, Friedrich Engels, in: *H.-U. Wehler*, Hrsg., Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 29–40. – Jedoch muß betont werden, daß *Marx* selbst seinen historischen Grundsatz nicht klar durchgehalten hat, daß sein Werk insofern Widersprüche enthält, die u. a. mit dem nicht voll geklärten Übergang von *Hegel* zu *Marx* zu tun haben. Dazu u. a. *J. Kocka*, Karl Marx und Max Weber im Vergleich, in: *H.-U. Wehler*, Hrsg., Geschichte und Ökonomie, Köln/Berlin 1973; *A. Wellmer*, Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt 1971<sup>3</sup>, S. 45–127. – Zum Begriff der Gesellschaftsformation bei *Lenin*: »Was sind die »Volksfreunde«...?«, in: *W. I. Lenin*, Werke, Bd. 1, Berlin 1968<sup>5</sup>, S. 131, S. 137. Dazu: *W. I. Lenin* und die Geschichtswissenschaft (russ. 1968), übers. von *B. Weißel*, Berlin 1970.

<sup>4</sup> Als knappe Zusammenfassung für Historiker: *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 29–55; dann vor allem: *G. Klaus* u. *H. Schulze*, Sinn, Gesetz und Fortschritt in der Geschichte, Berlin 1967. Bei überzeugender Abwehr der Unterstellung, der Historische Materialismus impliziere notwendig die Vorstellung eines geschichtlichen Endziels (S. 123–34) wird auch in dieser Reformulierung der historisch-materialistischen Theorie (unter Benutzung von Begriffen aus der Kybernetik) am hegellisch-marxistischen Fortschrittsbegriff festgehalten (S. 135–247). Als primäres Fortschrittskriterium gilt noch immer die Fortentwicklung der Produktivkräfte (S. 139 f.); S. 151 ff. die These von der fortschrittlichen »Selbstausrichtung des gegebenen [historischen] Prozesses«.

<sup>5</sup> Der Rekurs auf die Geschichte legitimiert u. a. auch die Kompetenz der politischen Instanzen, die Interpretation der Geschichte und also die Arbeit der Historiker in den Grundlinien zu kontrollieren, was sich insbesondere am Zusammenwirken von Parteiinstanzen und Historikergruppen bei der Abfassung der achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« (Berlin 1966) im einzelnen zeigen ließe.

<sup>6</sup> Ausführlicher dazu: *J. Kocka*, Theorieprobleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: *H.-U. Wehler*, Hrsg., Geschichte und Soziologie, Köln/Berlin 1972, S. 322–326. Zweifellos sind diese Instrumentalisierung und politische Fremdbestimmung der Historie in der DDR und der Sowjetunion sehr viel intensiver als in Polen oder in der CSSR vor dem Einmarsch der Russen 1968. Zur Explikation der entsprechenden Aufgaben der DDR-Historiker bes. deutlich: *W. Schmidt*, Geschichtsbild und Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 149–62; *J. Streisand*, Geschichtsforschung und Ge-

schichtsschreibung auf dem Wege zur sozialistischen Menschengemeinschaft, in: ebd., 17 (1969), S. 1521–32. Zur Sowjetunion A. O. *Tschubarjan*, Die Ergebnisse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Aufgaben der Geschichtswissenschaft, in: Sowjetwissenschaft, GWB, 1970, I, S. 129–140; S. P. *Trapesnikow*, Die neuen Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, in: ebd., 1968, I, S. 225–250. – Dagegen undogmatisch: F. *Ryska*, Poland. Some Recent Revaluations, in: Journal of Contemporary History 2 (1967), S. 107–124; K. *Bartosek*, Czechoslovakia: The State of Historiography, in: ebd., S. 143–156.

<sup>7</sup> Vgl. MEW, Bd. 13, S. 8 ff. und Bd. 27, S. 452 (wie Anm. 3).

<sup>8</sup> Vor allem *Marx/Engels*, Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 9 ff.

<sup>9</sup> Vgl. F. *Engels* an J. *Bloch*, in: MEW, Bd. 37, S. 463.

<sup>10</sup> Vgl. W. J. *Lenin*, Karl Marx, in: Werke, Bd. 21, S. 31 ff., bes. S. 43 ff.

<sup>11</sup> Vgl. K. T. *Shtepa*, Russian Historians and the Soviet State, New Brunswick, N. J., 1962; N. W. *Heer*, Politics and History in the Soviet Union, Cambridge, Mass., 1971.

<sup>12</sup> Vgl. Ye. *Zhukow*, V. I. Lenin and the Methodology of Historical Science, in: USSR Academy of Sciences. Dep. of Social Sciences, Hrsg., Social Sciences 2 (1970), S. 40–49; W. *Küttler* u. G. *Lozek*, Die historische Gesetzmäßigkeit der Gesellschaftsformation als Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 1117–1145.

<sup>13</sup> Ausführlicher zum folgenden: *Kocka*, Theorieprobleme, a.a.O.

<sup>14</sup> *Marx/Engels*, Die deutsche Ideologie, a.a.O.; *Hobsbawm*, a.a.O., bes. S. 31; S. *Pollard*, Economic History – A Science of Society?, in: Past & Present 32 (1965), S. 3–22; E. R. A. *Seligmán*, The Economic Interpretation of History (1902), Neuabdr. New York 1961; J. *Bowvier*, Histoire économique et histoire sociale, Genf 1968; H.-U. *Wehler*, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969.

<sup>15</sup> Vgl., trotz vieler hier nicht zu behandelnder Unterschiede, O. *Brunner*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968<sup>2</sup>, bes. S. 18, S. 82; W. *Conze*, Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht, Köln/Opladen 1957; S. P. *Hays*, A Systematic Social History, in: G. B. *Billias* u. G. N. *Grob*, Hrsg., American History, New York 1971, S. 315–366; F. *Braudel*, Ecrits sur l'histoire, Paris 1969, bes. S. 41–83.

<sup>16</sup> Vgl. M. A. *Barg*, Die Strukturanalyse in der historischen Forschung, in: Sowjetwissenschaft, GWB, 1966, I, S. 194–205.

<sup>17</sup> Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, hrsg. v. W. *Berthold* u. a., Köln 1970, S. 74 ff.

<sup>18</sup> G. M. *Trevelyan*, English Social History (1942), Penguin Books 1967, S. 9.

<sup>19</sup> Zur Kritik an Sozialgeschichte als vom Gegenstand her definierter Teildisziplin vor allem die in Anm. 15 genannten Titel von *Brunner* und *Conze*, sowie auch W. *Conze*, Sozialgeschichte, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6 (Tübingen 1962<sup>3</sup>), S. 169–176.

<sup>20</sup> Als Überblick über die entsprechende wissenschaftstheoretische Entwicklung in vergleichender Perspektive: J. *Kocka*, »Sozial- und Wirtschaftsgeschichte«, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. 6, Freiburg (vorauss.) 1973.

<sup>21</sup> P. C. *Ludz*, Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR, in: ders., Hrsg., Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln/Berlin 1964, S. 327–418; ders., Neuere Entwicklungstendenzen in der Soziologie des Ostblocks, in: D. *Geyer*, Hrsg., Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Tübingen 1967, S. 114–130; H. G. *Bütow*, Zur Entwicklung der Soziologie und Sozialpsychologie, in: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, eingel. v. P. C. *Ludz*, München 1971, S. 166–186.

<sup>22</sup> *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 76; ähnlich schon W. *Robbe*, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden: JbWG), 1962, I, S. 104.

<sup>23</sup> *Ökonomisches Lexikon L–Z*, Berlin o.J. (1967), S. 1143. – Als Übersicht über die wirtschaftshistorischen Arbeiten von ostdeutschen Historikern: *Historische Forschungen ... 1960–1970*, a.a.O., S. 95 ff., S. 121 ff., S. 248 ff.

<sup>24</sup> *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 64 f., S. 76.

<sup>24a</sup> Einen ähnlich weiten Bedeutungsumfang hat die traditionelle angelsächsische »economic history«, allerdings nicht die vordringende nationalökonomisierte »new economic history«. – Zum Begriff der Wirtschaftsgeschichte in der DDR, *Robbe*, a.a.O.; *E. Engelberg*, Gedanken zur zukünftigen Gestaltung des Jahrbuchs in: *JbWG*, 1963, I, S. 11–23; *J. Kuczynski*, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, in: *JbWG*, 1963, I, S. 133–147.

<sup>25</sup> Als Standarddarstellung über den Zeitraum in der DDR vgl.: *K. Obermann*, Deutschland von 1815 bis 1849, Berlin 1967<sup>3</sup>.

<sup>26</sup> Auf dem Gebiet der Agrargeschichte sind in den letzten Jahren von ostdeutschen Forschern äußerst wichtige und weiterführende Untersuchungen vorgelegt worden, so vor allem: *H.-H. Müller*, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807, Potsdam 1967; *J. Šolta*, Die Bauern der Lausitz, Bautzen 1968; *G. Moll*, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg), Rostock 1968; *R. Groß*, Die bürgerlichen Agrarreformen in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weimar 1968; *H. Harnisch*, Die Herrschaft Boitzenburg, Weimar 1968; dazu auch *G. Heitz*, Varianten des Preußischen Weges, in: *JbWG*, 1969, III, S. 99–109. Auf diesem Gebiet finden sich auch einige spärliche Ansätze zur Zusammenarbeit von Historikern aus der Bundesrepublik und der DDR, vgl. die Vorträge von *Henning, Berthold* und *Harnisch*, in: *JbWG*, 1970, I.

<sup>27</sup> Vgl. *J. Kuczynski*, Fortschrittliche Wissenschaft, Berlin 1951, S. 162; *ders.*, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957, S. 1–25; *ders.*, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, S. 88 ff.; noch akzeptiert von *D. Eichholtz*, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 5.

<sup>28</sup> Vgl. *H. Mottek*, Einleitende Bemerkungen. Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: *ders.* u. a., Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 11–63; *H. Mottek*, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1964; *H. Webner*, Deutschlands Weg zum Industriestaat, in: *JbWG*, 1969, I, S. 349 ff.; die Übergangsdiskussion ist erwähnt in: *Historische Forschungen* (1960), a.a.O., S. 230–33.

<sup>29</sup> Vgl. *A. Schröter* und *W. Becker*, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962; *H. Blumberg*, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965; *L. Baar*, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965.

<sup>30</sup> Vgl. *Mottek*, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., Bd. 1 (1957), Bd. 2 (1964) (bis 1870).

<sup>31</sup> Dazu kritisch: *R. Tilly*, Soll und Haben, in: *Journal of Economic History* 29 (1969), S. 298–319.

<sup>32</sup> Man vergleiche einmal in diesen und den folgenden Hinsichten das in Anm. 30 zit. Handbuch von *Mottek* mit: *R. W. Fogel* u. *S. L. Engerman*, Hrsg., *The Reinterpretation of American Economic History*, New York 1971.

<sup>33</sup> Zur amerikanischen New Economic History: *R. W. Fogel*, *The New Economic History*, in: *Economic History Review* 19 (1966), S. 642–656; *R. Andreano*, Hrsg., *The New Economic History*, New York 1970; *A. Fishlow* u. *R. W. Fogel*, *Quantitative Economic History*, in: *Journal of Economic History* 31 (1971), S. 15–42. In Frankreich: *J. Marczewski*, *Introduction à l'histoire quantitative*, Genève 1965.

<sup>34</sup> Zweifellos liegt gerade in der Vernachlässigung dieser Aspekte eine typische Schwäche der wachstumsorientierten »new economic history«, wenn umgekehrt auch als Mangel auffällt, wie durchweg *Mottek* u. a. Historiker aus der DDR meist auf jeden Versuch verzichten, den von ihnen konstatierten positiven Einfluß politischer Entscheidungen (etwa des Zollvereins 1834 oder der agrarischen Reformen) auf die Entwicklung der Industrierwirtschaft quantitativ dingfest zu machen. Vgl. *Mottek*, *Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 2, a.a.O., S. 18–42, 56–62.

<sup>35</sup> Vgl. *ders.*, Zum Problem Stagnation und Wachstum in der Wirtschaftsgeschichte, in: *JbWG*, 1969, III, S. 151–169.

<sup>36</sup> Vgl. *W. Jonas*, Über das Problem der Gesetzmäßigkeit der Produktivkräfte, in: *JbWG*, 1963, I, S. 24–40, bes. 27 f. *W. Jacobeit*, *Volkskunde und Geschichte der Produktivkräfte*, in: *JbWG*, 1966, I, S. 175–188; *W. Jonas* u. a., *Die Produktivkräfte in der Geschichte*, Bd. 1,

Berlin 1969; *J. Pazdur*, Die Hauptprobleme und die Organisation der Forschungen zur Geschichte der materiellen Kultur in Volkspolen, in: *JbWG*, 1965, III, S. 201–210.

<sup>37</sup> Vgl. *W. Kula*, *Problemy i metody historii gospodarczej*, Warszawa 1963; italienische Ausgabe: *Problemi e metodi della storia economica*, Milano 1972; dazu auch *W. Rusiński*, Wirtschaftsgeschichte – neue Auffassungen von Problemen und Methoden, in: *JbWG*, 1966, II, S. 286–301.

<sup>38</sup> So etwa *R. Berthold* u. a., *Der Preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen*, in: *JbWG*, 1970, IV, S. 277. Diese Sammelbesprechung einiger westdeutscher Monographien demonstriert hervorragend, wie »bürgerliche« quantitative Analysen als genau, weiterführend, aber beschränkt akzeptiert werden, um dann ihre Ergebnisse in Kategorien von sozialökonomischen Herrschaftsbeziehungen und Klassenkonflikten reinterpretiert zu erhalten (vgl. ebd., S. 267–280).

<sup>39</sup> Von der prinzipiell (allerdings nicht gradlinig) fortschrittlichen Rolle der »Volksmassen« ist die marxistisch-leninistische Geschichtsauffassung so überzeugt, daß bisweilen gegenteilige Evidenz nicht voll zur Kenntnis genommen wird. Grundsätzliche Formulierungen z. B. bei: *Robbe*, a.a.O., S. 104: Aufgabe der Wirtschaftsgeschichte sei es, »die konkrete Durchsetzung der Entwicklungsgesetze . . . der einzelnen Produktionsweisen durch die Volksmassen« zu untersuchen. Was erst noch zu fragen und zu erforschen wäre, wird als Teil der Definition von vornherein festgelegt. Vgl. dazu: *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 54; *E. Engelberg*, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 19 (1971), S. 1222 f.: »Das Volk ist der Held der Geschichte – in der still wirkenden Kraft seines täglichen Lebens und Produzierens und auf dem lauten Schauplatz der politischen Aktion.«

<sup>40</sup> Vgl. die Titel in: *Historische Forschungen . . . 1960–1970*, a.a.O., S. 390–407.

<sup>41</sup> Vgl. *Obermann*, a.a.O., S. 38 ff. (zur Burschenschaft), S. 58 (zum Zusammenhang zwischen ökonomischem Fortschritt und bürgerlich-politischen Forderungen in den 1820er Jahren); s. die Titel in: *Historische Forschungen . . . 1960–1970*, a.a.O., S. 391 f.

<sup>42</sup> Bezeichnend die zutreffende Kritik des Polen *L. Wiatrowski*, in: *JbWG*, 1970, II, S. 255 f. an *H. Bleiber*, *Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840–1847*, Berlin 1966: *Bleiber* beschränke sich auf eine Wiedergabe der sozialökonomischen Struktur Schlesiens aus zweiter Hand; er vernachlässige die Konjunkturanalyse und verzichte auf statistische Methoden. Schließlich bezweifelt *Wiatrowski Bleibers* (in *Lenins* Thesen zum »preußischen Weg« in der Landwirtschaft ziemlich apodiktisch vorformuliertes) Ergebnis, daß als Konsequenz der Regulierung bis ca. 1840 eine Verschlechterung der Lage der Bauern stattgefunden habe (S. 260, ähnlich die Kritik von *S. Michalkiewicz* ebd. S. 271). – Diese Kritik – Mangel an konkreter sozialökonomischer und statistischer Analyse und allzu schnelle Übernahme von Klassikerthesen – ließe sich an vielen ostdeutschen sozialgeschichtlichen Untersuchungen üben.

<sup>43</sup> Bekanntlich liegt hierin eine bedeutende Differenz zwischen der marxistisch-leninistischen Interpretation der Arbeiterbewegungsgeschichte und wichtigen Deutungen von Historikern aus der Bundesrepublik, die das Emanzipationsstreben der Arbeiterschaft nicht unbedingt im Widerspruch zu ihrer möglichen Integration in eine sich reformierende bürgerliche Gesellschaft sehen. Vgl. bes. *W. Conze* u. *D. Grob*, *Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung*, Stuttgart 1966, S. 16–40; gegen diese Konzeption generell: *W. Schmidt*, Zur historisch-politischen Konzeption des Heidelberger Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (im folgenden: *BzG*) 9 (1967), S. 626–635; *W. Seidel-Höppner*, Frühproletarisches Denken oder erwachendes Klassenbewußtsein, in: *Jb. f. Geschichte* 3 (1969), S. 95–136.

<sup>44</sup> Eine Bibliographie der Schriften *J. Kuczynskis* in: *JbWG*, 1964, II–III, S. 506–549, und 1969, III, S. 298–312; ebd. 291 f. zu den 38 Bänden der »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus« in der bisher letzten Auflage.

<sup>45</sup> *D. Eichholtz*, Bewegungen unter den preußischen Eisenbahnbauarbeitern im Vormärz, in: *Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Berlin 1962, S. 251–287; *E. Wolfgramm* u. a., *Die sozialökonomischen Kämpfe der Eisenbahnbauarbeiter in Sachsen 1844–1848*, in: *Aus der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin 1964,

S. 65–101; K. Obermann, Zur Rolle der Eisenbahnarbeiter im Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse in Deutschland, in: JbWG, 1970, II, S. 129–140.

<sup>46</sup> Vgl. W. Schieder, Auf dem Wege zu einer neuen Marx-Legende, in: Neue Politische Literatur 10 (1965), S. 259–74. – Allerdings ist zu bedenken, daß marxistische Historiker bei der minutiösen Erforschung der Frühgeschichte marxistischer Strömungen in der frühen Arbeiterbewegung weniger an deren wirklichem Gewicht in ihrer Zeit denn an deren Bedeutung als Ausgangspunkt späterer Bewegungen interessiert sind. Vgl. etwa H. Förder, Einleitende Bemerkungen, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 12.

<sup>47</sup> Vgl. die offizielle Synthese: Institut f. Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966; als Kritik der Grundlinien der ostdeutschen Interpretation: E. Schraepfer u. a., »Grundriß der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung«, Kritik einer Legende, in: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 13/14 (1965), S. 268–285. Vgl. auch A. Dorpalen, Die Revolution von 1848 in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Historische Zeitschrift 210 (1970), S. 324–368, bes. S. 339 ff.

<sup>48</sup> Ansätze zu einer differenzierten, weiterführenden Analyse gleichwohl u. a. bei: W. Schmidt, Zu einigen Fragen der sozialen Struktur und der politischen Ideologie in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: BzG 4 (1965), S. 645–660. Die Kritik von 1964 (H. Förder, a.a.O., S. 16), die soziale Struktur der Arbeiterklasse des Vormärz sei noch ziemlich unerforscht in der DDR-Literatur, dürfte allerdings auch noch heute zutreffen.

<sup>49</sup> Eckermann/Mohr, a.a.O., S. 34; Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1970, S. 595.

<sup>50</sup> Vgl. Kuczynski, Darstellung der Lage, a.a.O., S. 90 ff., 106; Bleiber, a.a.O., S. 213; Eichholtz, a.a.O., S. 39, 69; Mottek, Einleitende Bemerkungen, a.a.O., S. 34 (jeweils mit einigen Qualifikationen).

<sup>51</sup> Zu solchen Funktionen der Bürokratie im Prozeß der Modernisierung: R. Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1967; zur ostdeutschen Kritik an dieser Sicht: H. Bleiber, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 19 (1971), S. 112–115. In prinzipiell ähnliche Probleme gerät die sozialökonomische Geschichtsinterpretation marxistisch-leninistischer Prägung bei der Analyse des Absolutismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus seit 1900.

<sup>52</sup> Dazu allgemein: Hobsbawm, a.a.O.; Hays, a.a.O.; L'histoire sociale. Sources et méthodes, Paris 1967.

<sup>53</sup> Vgl. W. O. Aydelotte, Quantifikation in History, in: American Historical Review 71 (1966), S. 803–825; A. Soboul, Description et mesure en histoire sociale, in: L'histoire sociale, a.a.O., S. 9–25; J. H. Hexter, History, the Social Sciences and Quantification, Moskau (XIII. International Congress of Historical Sciences) 1970.

<sup>54</sup> Vgl. J. Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften. Materialien, Frankfurt 1970, S. 116.

<sup>55</sup> Dazu vgl. zuletzt Kocka, Theorieprobleme, a.a.O.

<sup>56</sup> Vgl. Klaus/Schulze, a.a.O., S. 81. – Die Untersuchung argumentiert in Kap. I und II in äußerst beachtenswerter Weise für einen Begriff marxistischer Einheitswissenschaft, der starke – jedoch meist nur graduelle – methodische Unterschiede zwischen Gesellschafts- und Naturwissenschaften einerseits, zwischen Geschichte und systematischen Gesellschaftswissenschaften andererseits jedoch anerkennt und herausarbeitet.

<sup>57</sup> Vgl. etwa Küttler/Lozek, a.a.O., S. 1120, 1122, 1129; zum Gesetzesbegriff: Klaus/Schulze, a.a.O., S. 30, 37 f., 54, 84 f.; P. Bollhagen, Soziologie und Geschichte, Berlin 1966, S. 172–216; knapp und prägnant zusammengefaßt in: Eckermann/Mohr, a.a.O., S. 250–64.

<sup>58</sup> So besonders weitgehend: C. Bobinska, Historiker und historische Wahrheit, Berlin 1967 (poln. Originaltitel: Historyk, fakt, metoda, 1964), S. 81; daneben etwa Klaus/Schulze, a.a.O., S. 129.

<sup>59</sup> Vgl. Bobinska, a.a.O., S. 38 ff., 46 ff., 60 ff.; Eckermann/Mohr, a.a.O., S. 269–76; E. Engelberg, Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 19 (1971), S. 1352, 1360. Als äußerst problematische Aufforderung zur Parteilichkeit und zum Dogmatismus in Auswahl und Aufbereitung historischer Dokumenta-

tionen und Datenbanken vgl. aber *B. Brachmann*, Die Anwendung von Methoden der Informationstheorie in der Arbeit des Historikers, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 19 (1971), S. 339–351, bes. S. 344–48.

<sup>60</sup> Als kurze Beschreibung dieser Methoden: *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 243–249.

<sup>61</sup> Als Beispiel vgl. *Obermann*, Deutschland, a.a.O., S. 1 f. zum »nationalen Verrat« des Bürgertums an seiner Aufgabe; *Kuczynski*, Darstellung der Lage, a.a.O., S. 51 zum Krieg von 1813/15; *Mottek*, Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, a.a.O., S. 4 zur »politischen Hauptaufgabe der Revolution«. Wenn *D. Eichholtz* (Junker, a.a.O., S. 151 f.) den Eintritt von Adligen in die Verwaltungs- und Aufsichtsräte der neuen Eisenbahngesellschaften als objektive »klassenmäßige Korruption« bezeichnet, so steht dahinter die klare Vorstellung des Historikers von der eigentlichen »klassenmäßigen Aufgabe« der Adligen (nämlich: Widerstand gegen den Eisenbahnbau als Vehikel der Stärkung der Bourgeoisie)! – Vgl. auch *Th. Nipperdey*, Die Reformation als Problem der marxistischen Geschichtswissenschaft, in: *D. Geyer*, Hrsg., Wissenschaft, a.a.O., S. 243 f.

<sup>62</sup> Vgl. *A. Jezierski* u. *E. Kaczynska*, Geschichte der Industrie im 19. Jahrhundert. Forschungen 1946–1958, in: Acta Poloniae Historica 4 (1961), S. 175–194; *E. Babr*, Neue polnische Veröffentlichungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Westpreußens, in: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 13/14 (1965), S. 241–267; *J. Topolski*, Le développement des recherches d'histoire économique en Pologne, in: Studia Historiae Oeconomicae 1 (1966), Poznań 1967, S. 3–42; *ders.*, Développement des études historiques en Pologne 1945–1968, in: *La Pologne au XIII<sup>e</sup> Congrès International des Sciences Historiques*, a.a.O., S. 7–75, bes. 12 f., 16, 23 f., 32–38, 44–53, 74 f. – Aufbau, Grundbegriffe, Periodisierung und allgemeine Orientierung dieser beiden repräsentativen Überblicks zeigen, wie sehr die gegenwärtige polnische Geschichtsschreibung von jedem historisch-materialistischen Schematismus und jeder marxistisch-leninistischen Orthodoxie entfernt ist. Ein Vergleich mit den entsprechenden Selbstdarstellungen der DDR-Historie (s. Anm. 2) zeigt diesbezüglich geradezu frappante Unterschiede. – Vgl. weiter *W. Kula*, Histoire et économie. La longue durée, in: Annales. E.S.C. 15 (1960), S. 294–313 (demn. dt. in: *H.-U. Wehler*, Geschichte und Ökonomie, a.a.O.), weiterhin die oben in Anm. 37 zit. Titel; eine Analyse des polnischen Jahrbuchs f. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte durch *W. Rusiński* in: JbWG, 1968, I, S. 377–93. – Unter Leitung *W. Kulas* untersucht ein Kollektiv im Institut f. Geschichte der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau soziale Schichtung und Mobilität im Kgr. Polen im 19. Jahrhundert, u. a. durch systematische Auswertung von Trauungsmatrikeln, Notariats- und Hypothekenakten. Darüber: *S. Kowalska*, Ausgewählte Probleme der Sozialstrukturforschung, in: JbWG, 1970, III, S. 239–46. – *Prof. Georg G. Iggers* verdanke ich wertvolle Hinweise auf die polnische Situation.

<sup>62a</sup> Vgl. *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 55; *R. Ahlberg*, Entwicklungsprobleme der empirischen Sozialforschung in der UdSSR (1917–1966), Berlin 1968; und Anm. 21 oben.

<sup>63</sup> Vgl. z. B. *R. T. Vann*, History and Demography, in: History and Theory, Beih. 9: Studies in Quantitative History, 1969, S. 64–78; *J.-M. Price*, Recent Quantitative Work in History, in: ebd., S. 1–13; *M. R. Reinhard* u. a., Histoire générale de la population mondiale, Paris 1968<sup>5</sup>.

<sup>64</sup> Dies betont selbstkritisch: *P. Khalatbari*, Zu einigen Grundfragen der marxistisch-leninistischen Demographie, in: JbWG, 1971, II, S. 248; s. auch *K. Lehmann*, in: JbWG, 1970, III, S. 289. – Die Analyse des vormärzlichen Pauperismus durch ostdeutsche Historiker leidet ganz besonders unter der wohl ideologisch bedingten Sperrung gegen die Einsicht, daß das Bevölkerungswachstum (dessen Ursachen nur schwer eindeutig zu fixieren sind) ein sehr wichtiger Grund für die verbreitete Verarmung darstellte, die insofern nicht ganz so einfach als Folge von Ausbeutung und Kapitalismus hingestellt werden kann. Vgl. dazu die Sammelbesprechung von *F. D. Marquardt* in: Central European History 2 (1969), S. 77–88, bes. S. 78; *Kuczynski*, Darstellung der Lage, a.a.O., S. 148, 150, 344; dagegen zutreffender: *Mottek*, Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, a.a.O., S. 225–37. Vgl. ausführlich *W. Köllmann*, Bevölkerung und Arbeitskräftepoten-



tial in Deutschland 1815–1865. Ein Beitrag zur Analyse der Problematik des Pauperismus, in: Jb. d. Landes NRW. Landesamt f. Forschung, 1968, S. 209–54.

<sup>65</sup> *J. Kuczynski*, der ja in seinen Arbeiten zur Arbeitergeschichte bei der Berechnung von Preis- und Lohnbewegungen Pionierdienste geleistet hat, scheint auch in der empirisch-historischen Sozialforschung einige Durchbruchsfunktionen ausgeübt zu haben. Vgl. *J. Kuczynski*, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: JbWG, 1962, II, S. 11–90. Der Einfluß tschechischer Wirtschafts- und Sozialhistoriker (*J. Purš* und *A. Klima*) wird deutlich auf dem internationalen Kolloquium in Ost-Berlin über »Strukturprobleme der Arbeiterklasse« im Okt. 1964 – dazu: JbWG, 1964, IV, S. 130–155; ein zweites Kolloquium zum selben Thema fand Ende 1967 statt: JbWG, 1968, II, S. 333–36. Vgl. als weitere Beispiele: *R. Hoppe* u. *J. Kuczynski*, Eine Berufs- bzw. auch Klassen- und Schichtenanalyse der Märzgefallenen 1848 in Berlin, in: JbWG, 1964, IV, S. 200–276; *J. Kuczynski*, Zur Soziologie der nicht-monopolistischen Bourgeoisie, in: JbWG, 1966, II, S. 190–215; empirisch-statistische Untersuchungen zur ostelbischen Landarmut vor 1800 durch *J. Peters* in: JbWG, 1967, III, S. 255–302 und 1970, I, S. 97–126; zur Sozialstruktur der brandenburgischen Klein- und Mittelstädte im 18. Jahrhundert schreibt *K. Vetter* in: JbWG, 1969, II, S. 225–63 und in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 1061–67; vgl. auch *H. Thümmeler*, Zur sozialen Struktur der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz (1878 bis 1890), in: JbWG 1971, III, S. 131–140; *K. Obermann*, Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/49, in: JbWG, 1970, IV, S. 141–158; *E. Behm* u. *J. Kuczynski*, Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Deutschland), in: JbWG, 1971, III, S. 123–30. Zur Sowjetunion vgl. *H. Palli*, Lochkartenverfahren und mathematische Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 17 (1969), S. 504–514; *J. Kachk*, Brauchen wir eine neue Geschichtswissenschaft?, in: Sowjetwissenschaft, GWB, 1970, I, S. 96–109; *I. Kowalchenko*, Mathematico-Statistical Research into Socio-Economic History, in: USSR Academy of Sciences, a.a.O., 2 (1970), S. 61–71; *D. V. Deopic* u. a., Quantitative and Machine Methods of Processing Historical Information, Moskau (XIII. International Congress of Historical Sciences) 1970.

<sup>66</sup> Diese wissenschaftstheoretische Diskussion kann hier nicht skizziert werden. Vgl. *Klaus/Schulze*, a.a.O., Kap. I–III zur Überwindung des Gegensatzes »idiographisch-nomothetisch« im historischen Gesetzesbegriff der marxistischen Geschichtswissenschaft; zusammenfassend zum Gesetzesbegriff und zur Logik der historischen Forschung: *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 241–264; *Bollhagen*, a.a.O., S. 28–116 zur Bestimmung des prinzipiell historischen Charakters der marxistischen Soziologie und ihres Platzes im System der Gesellschaftswissenschaften; dazu auch: *G. W. Ossipow* u. *A. M. Rumjazew*, Die marxistische Soziologie und die konkrete Sozialforschung, in: Sowjetwissenschaft, GWB, 1968, II, S. 1112–1124; *W. A. Jadow*, Zur Frage der marxistischen Soziologie als Wissenschaft, in: ebd., 1968, II, S. 1031–40; *ders.*, Zur Wechselbeziehung von theoretischer und empirischer Analyse in der soziologischen Forschung, in: ebd., 1972, I, S. 53–62. – Zum Charakter der Geschichte als Gesellschaftswissenschaft: *Trapesnikow*, a.a.O., S. 237 ff.; *Klaus/Schulze*, a.a.O., S. 82. Marxistische Positivismuskritik: *I. S. Kon*, Der Neopositivismus und die Logik der Geschichtswissenschaft, in: Sowjetwissenschaft, GWB, 1964, I, S. 385–410. – Allgemein: *A. Weymann*, Gesellschaftswissenschaften und Marxismus. Zur methodologischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften der DDR, Düsseldorf 1972.

<sup>67</sup> So fürs Verhältnis Wirtschaftsgeschichte–Ökonomie: *Robbe*, a.a.O., bes. S. 104 f.; kritisch *Kuczynski*, Der Gegenstand der Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., für den der Unterschied zwischen Politökonom und Wirtschaftshistoriker darauf zusammenschumpft, daß dieser – aber nicht jener – die Kunst der Darstellung beherrschen, »kunstfertiger Berichterstatter«, »großer Erzähler der Vergangenheit«, »Propagandist des Fortschritts« sein müsse (S. 142, 145). Vgl. auch *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 67 f.

<sup>68</sup> Ebd., S. 57, 56; zum Verhältnis zwischen Soziologie und Geschichte ausführlich: *Bollhagen*, a.a.O. Verschwimmende Grenzen zwischen den beiden Wissenschaften sieht *Bobinska*, a.a.O., S. 85 ff., die im übrigen den Unterschied am ehesten in der Art der den beiden Wissenschaften zur Verfügung stehenden Quellen sehen will.

<sup>69</sup> Innerhalb dieser entstehen für Sozialtheoretiker wichtige soziologisch-historische Arbeiten. Vgl. z. B. *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967.

<sup>70</sup> Vgl. z. B. *Küttler/Lozek*, a.a.O., S. 1119, passim.

<sup>71</sup> Vgl. zuletzt die Kurzformulierung der Hauptinhalte dieser Theorie als Ausgangspunkt jedes marxistisch-leninistischen Historikers bei: *Engelberg*, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, a.a.O., S. 1219–1223.

<sup>72</sup> Hier wurden längst nicht alle Funktionen der historisch-materialistischen Geschichtstheorie für die Geschichtswissenschaft analysiert, z. B. nicht ihre Funktionen für das Periodisierungsproblem. Prinzipiell bietet der Historische Materialismus ein Periodisierungsschema, das primär sozialökonomische Kriterien verwendet, eng mit dem Grundbegriff der sozialökonomischen Gesellschaftsformation verknüpft ist und durch Unterteilungen ein hohes Maß an Flexibilität gewinnen kann. Einführend dazu: *Eckermann/Mohr*, a.a.O., S. 81–84. – Welch problematische Aspekte diese Periodisierung enthält, sei nur an einem Beispiel kurz angedeutet: *Engelberg* (Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, a.a.O., S. 1227) fordert zu Recht, daß eine Periodisierung scharfe Einschnitte liefern müsse. In bezug auf den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland gelingt dies aber gar nicht. *Engelberg* datiert den Beginn dieses Übergangs um 1517–1536 (»frühbürgerliche Revolution«), ebd., S. 1238 ff.; *Mottek* sieht sein Ende um 1870 (Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, a.a.O., S. 17). Was leistet aber eine Periodisierung, die den »Übergang« von einer Epoche zur anderen mehr als 500 Jahre dauern läßt? Jedenfalls kommt dann alles darauf an, nach welchen Kriterien und in welcher Weise die Epochen und die »Übergänge« weiter unterteilt werden. Darüber besteht aber keine Klarheit.

<sup>73</sup> *Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung*, a.a.O., S. 79 ff.; *Der XIII. Internationale Historikerkongreß*, in: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft 19 (1971), S. 170 ff., 245 f. – Die Darstellung der marxistischen Position u. a. bei *Lozek/Küttler*, a.a.O.; die erkenntnistheoretisch-methodologische Position der Soziologie in der DDR skizziert zuletzt mit weiterer Literatur: *P. C. Ludz*, Soziologie und Marxismus in der DDR, in: *ders.*, Hrsg., Soziologie und Marxismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Neuwied–Berlin 1972, S. XVIII–XXX (mit einigen Modifikationen auch für die Geschichtswissenschaft der DDR zutreffend).

<sup>74</sup> Dazu: *Kocka*, Karl Marx und Max Weber im Vergleich, a.a.O. (s. Anmerk. 3).